



+++ Mindestens 128 Tote bei „Allahu Akbar“-Anschlägen in Paris +++

☒ Bei bisher bis zu sechs Anschlägen in Paris heute Abend sind mindestens 128 Tote zu verzeichnen. In einem Café im 10. Arrondissement der Stadt hatte ein mit einer Kalaschnikow bewaffneter Mann um sich geschossen. Unweit davon fielen laut Zeugen auf der Straße mehr als 100 Schüsse. Bei n-tv bestätigte eben ein Zeuge live, eindeutig den Ruf „Allahu akbar“ gehört zu haben. Im Stade de France, das sich in der Nähe eines Tatortes befindet, fand zur Zeit der Anschläge das Länderspiel zwischen Deutschland und Frankreich statt. Das Spiel wurde beendet, die Zuschauer dürfen jetzt das Stadion verlassen. Bereits am Nachmittag war das Hotel der deutschen Nationalmannschaft nach einer Bombendrohung evakuiert worden. In der Bataclan Konzerthalle, wo eine kalifornische Metalband spielen hätte sollen, findet zurzeit eine Geiselnahme statt. Aktuell heisst es, es werden dort etwa 100 Menschen von vermutlich acht Geiselnehmern festgehalten, derzeit soll dort eine Schießerei mit den Sicherheitskräften im Gange sein. (lsg)

Update:

01.05 Uhr – Etwa 100 Geiseln im Bataclan hingerichtet.

00.31 Uhr – Zwei Attentäter haben sich in die Luft gesprengt.

00.01 Uhr – Präsident François Hollande hat den

Ausnahmestand ausgerufen, die Streitkräfte mobilisiert und die Grenzen geschlossen.

- » [Livestream bei N24](#)
 - » [Liveticker beim Focus](#)
-



Video: AfD-Anhänger erklärt NDR „Lügenpresse“

Ein ehemaliges Juso-Mitglied und Besucher einer AfD-Kundgebung in Hamburg im Gespräch mit dem NDR. Der Mann hat den Öffentlich-Rechtlichen einiges zu erklären, insbesondere zum Thema Rundfunkauftrag, gleichgeschaltete Medien, ausgewogene Berichterstattung, GEZ, Islamisierung, Politically Incorrect, Pierre Vogel und vieles mehr. Gesendet wurde es in der [Sendung ZAPP](#). Die Frage war, was Demonstranten von den etablierten Medien halten. Offensichtlich nicht viel. Es gab heftige Kritik. Das Wort „Lügenpresse“ fiel oft.

Der Gauckler in Bergisch-Gladbach: „Die Bürger dürfen ihr Maul aufmachen!“

Sehr geehrter Herr Gauck, ich befolge Ihre Aufforderung von Bergisch Gladbach, den Mund aufzumachen. Ihre dortige Rede läßt daran zweifeln, daß Sie die Problematik der Migrationsflut erfaßt haben. Sie haben augenscheinlich nicht erkannt, daß die Ursache der gegenwärtigen Migrationskatastrophe der Islam ist.

(Von Dr. Hans Penner)

Dieses Jahr kommen eine Million Mohammedaner mit einer Ideologie nach Deutschland, um deretwillen sie ihr Land verlassen haben. Nächstes Jahr werden es kaum weniger sein. Ebenso wenig wie Medien, Politiker und Theologen haben Sie verstanden, daß der Islam mit Menschenrechten und Grundgesetz unvereinbar ist, weil er Integration, Gleichberechtigung und Meinungsfreiheit verbietet. Außerdem fordert der Islam Körperstrafen und die Ausbreitung des Islam mit Gewalt.

Sie unterstützen Angela Merkel, die den verfassungswidrigen Islam legitimiert und fälschlicherweise zum Bestandteil Deutschlands erklärt hat. Islam ist die Unterwerfung unter die Doktrin des arabischen Kaufmannes Mohammed, die unabänderlich im Koran festgelegt ist. Frau Merkel fordert die uneingeschränkte Einwanderung von Anhängern dieser Lehre. Ein islamisches Deutschland mit dem Ende von Freiheit und Wohlstand wird die Folge sein.

Sicher werden Sie einwenden, daß Sie einen netten Döner-Verkäufer kennen. Unsere Politiker und Theologen wissen nicht, daß Mohammedanern Anpassung und Verstellung erlaubt sind, wenn sie in der Minderheit sind. Wenn in 2-3 Jahren 20 Prozent der

Bevölkerung in Deutschland Mohammedaner sind, wird die soziale Stimmung umkippen wie ein See, der zuviel Nitrat enthält.

Ein Ärgernis ist es, daß auch Sie neomarxistische Propaganda betreiben und die Proteste gegen die Islamisierung des Abendlandes als nationalsozialistisch diskriminieren. Alles, was nicht deutschfeindlich ist, wird als „rechtspopulistisch“ verunglimpft. Diese Geschichtsklitterung ist unerträglich. Hitler war ein begeisterter Bewunderer des Islam und hat mit Islamisten zusammengearbeitet. In Moscheen wird „Mein Kampf“ verbreitet. Der Islam will Israel vernichten. Kritiker des Islam sind deshalb niemals Nationalsozialisten.

Sie diffamieren Bürger, die das freiheitliche Grundgesetz verteidigen. Vielleicht verstehen Sie, daß Sie von verantwortungsbewußten Bürgern, die an das künftige Wohl ihrer Kinder denken, abgelehnt werden.

Mit besorgten Grüßen

Hans Penner



Achgut: Schäubles Es hat gesprochen



Die Wahrheit, von der die Bundesregierung seit Monaten mit der Inszenierung einer ebenso albernem wie selbstgerechten „Willkommenskultur“ abzulenken versucht, diese Wahrheit ist jetzt aus dem Minister herausgebrochen. Als er am Mittwochabend in Berlin, auf einer Veranstaltung des Centrums für Europäische Politik, den Zustrom fremder Menschen aus dem arabischen Raum, aus Asien und Afrika mit dem unbeherrschbaren Niedergang einer Lawine verglich, wurde klar, dass der Staat längst aufgegeben hat, dass er nur noch so tut, als könne er etwas tun. Dämliche Phrasen – „wir schaffen das“ – müssen über die Ohnmacht der überforderten Regierung hinwegtäuschen. Selbst ihr treuester Minister mag dem Gewäsch seiner Kanzlerin anscheinend keinen Glauben mehr schenken.

Sicher, dass würde Wolfgang Schäuble so nie sagen, die Herrin vielmehr seiner Gefolgschaft versichern. Doch mit der Metapher der Lawine hat er nun mal die Karten aufgedeckt, mag sein versehentlich. Ist doch jede Lawine zuerst und vor allem eine Katastrophe. Einmal losgetreten, lässt sie sich weder lenken noch stoppen – nicht, wo man es zuvor an den nötigen Vorkehrungen hat fehlen lassen. Wenn Wolfgang Schäuble also sagt, dass es sich mit dem weiterhin ungebremsten Zustrom der „Flüchtlinge“ wie mit einer „Lawine“ verhalte, dann befürchtet er zweifelsohne katastrophale Verhältnisse in Deutschland, vielleicht sogar in Europa. (Weiterlesen bei der [Achse des Guten](#))



RP sperrt Kommentare zu Flüchtlingsthemen

☒ Die in Düsseldorf erscheinende Rheinische Post (RP) [schreibt](#): *Liebe Leserinnen und Leser, Ihre Meinung zu RP Online ist uns wichtig. Anders als sonst bei uns üblich gibt es allerdings an dieser Stelle keine Möglichkeit, Kommentare zu hinterlassen. Zu unserer Berichterstattung über die Flüchtlingskrise haben wir zuletzt derart viele beleidigende und zum Teil aggressive Einsendungen bekommen, dass eine konstruktive Diskussion kaum noch möglich ist. Wir haben die Kommentar-Funktion bei diesen Themen daher vorübergehend abgeschaltet. Selbstverständlich können Sie uns trotzdem Ihre Meinung sagen – per [Facebook](#) oder per [E-Mail](#). Wer die Rheinische Post Post fragen will, was sie von Meinungsfreiheit hält, schreibe an:*

» opinio@rp-online.de

(Spürnase: Björn)



Sachsen: Erneut Anschlag auf AfD-Bürgerbüro



Die Angriffe auf Bürgerbüros der AfD durch linksextremistische Gewalttäter reißen nicht ab. Beim Büro des sächsischen AfD-Landtagsabgeordneten Detlev Spangenberg und des Kreisverbandes Nordsachsen in Oschatz wurden erneute Glasschäden und Schmierereien an der Eingangstür des Büros festgestellt (*zum Vergrößern aufs Bild klicken*). Das ist der nunmehr sechste Angriff auf dieses Büro. Zudem schmierten die vermutlich linksextremistischen Täter „No Border, No Nation“ an das Objekt. In der unteren Türhälfte wurde die Schutzverkleidung der bereits bei einem vorherigen Angriff zersplitterten Scheibe zertreten. Die Polizei wurde informiert und nahm den Fall zu Protokoll.

Dazu erklärt der parlamentarische Geschäftsführer und sächsische Generalsekretär der Alternative für Deutschland: „Wes Geistes Kind die Täter sind, kann man der Bedeutung der Schmiererei entnehmen. ‚Keine Grenzen, keine Nation‘ ist ein Slogan der militant agierenden, so genannten ‚Antifa‘, die bei

Angriffen auf politisch Andersdenkende durchaus auch bereit ist, Tote in Kauf zu nehmen. Pflastersteine als ‚Waffe‘ sind kein Kavaliersdelikt. Auch wenn es diesmal ‚nur‘ Gewalt gegen ein Gebäude war, müssen Polizei und Justiz mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Täter aufspüren und bestrafen. Bisher gab es innerhalb nur eines Jahres 21 Anschläge auf sächsische AfD-Büros. Kein einziger Täter konnte bisher ermittelt werden und die allermeisten Medien nehmen es schulterzuckend zur Kenntnis. Würden die Täter aus dem rechtsextremistischen Spektrum stammen, wäre dies nicht so. Mir ist inzwischen bange um die politische Kultur in diesem Land.“



Behinderte Kinder müssen Illegalen weichen



Wuppertal (NRW).

Einen besonders skandalösen Vorgang im Zuge des bundesweiten Asyl-Tsunamis auf Kosten der einheimischen Bevölkerung machte jetzt die Wuppertaler Stadtverordnete Claudia Bötte (Pro

Deutschland) in der letzten Ratssitzung zum Thema. Im [offiziellen Videomitschnitt der Ratssitzung](#) ist unter TOP 4.1 die mutige Rede der zweifachen Mutter gegen die Verlagerung der Förderschule Hufschmiedstraße (Foto l.) zugunsten einer Asylbewerberunterkunft zu sehen.

Die körperbehinderten Schüler der Förderschule müssen nach dem Willen der politischen Klasse den Armutseinwanderern weichen. Claudia Bötte, die auch Vorsitzende des neuen [Pro-Deutschland-Kreisverbandes in Wuppertal](#) ist, geriet in der hitzigen Ratsdebatte heftig mit einer Vertreterin der innländerfeindlichen Wuppertaler Altparteien aneinander.

Diese wollten natürlich nichts vom besonderen Schutzbedürfnis der in der Förderschule betreuten Kinder wissen. Die Unterbringung und Alimentierung ungebetener und zumeist kraftstrotzender junger männlicher Einwanderer aus fremden Kulturkreisen hat in deren kranken Logik eben Vorrang vor den Interessen der schwächsten Mitglieder der angestammten Bevölkerung.

Wann wehrt sich die (Noch)Mehrheitsbevölkerung endlich dagegen? Warum wählen immer noch so viele Bürger diese Altparteien? Die Zeitspanne für friedlich-politische Lösungen der Krise wird jedenfalls immer kürzer.

Merkel und die Aufhebung der res publica

Lassen Sie uns ein kleines Gedankenexperiment machen: Vielleicht haben Sie das etwa einstündige Interview gesehen, das Angela Merkel vor ein paar Wochen bei Anne Will gegeben hat. Jetzt versetzen wir uns kurz zurück in die Zeit des

„deutschen Herbstes“, RAF, Schleyer, linker Terror. Stellen wir uns nun ein Interview mit Gudrun Ensslin vor. Was könnte uns, neben der Tatsache, daß beide Töchter von evangelischen Pastoren sind, noch ins Auge springen?

Es gibt einen bestimmten Punkt, an dem sich Merkel und Ensslin ganz nahe kommen: das ist das Moment einer inneren Glaubensüberzeugung, die absolut unerschütterlich ist und dabei als Gewißheit zugleich völlig unabhängig von allen Mitmenschen um sie herum feststeht. Diese Überzeugung ist nicht verhandelbar – wer eine solche Überzeugung hat, ist auf andere Sterbliche (weder Koalitionspartner, noch Parlament, noch andere EU-Länder) nicht mehr angewiesen. Das absolut apolitische einer solchen inneren Gewißheit wird unmittelbar deutlich – aus einer solchen Überzeugung kann nie eine öffentliche Sache, eine ‚res publica‘, werden.

Die entscheidende Frage ist: wie kann aus solchen inneren Überzeugungen ein WIR entstehen, wenn diese Überzeugungen ohne jegliches reale WIR auskommen? Welche Vision für die Zukunft seines Landes hat ein solcher Mensch im Sinn? (*Weiterlesen bei deutscharbeitgeberverband.de*)



München: Justiz blockiert

Bürgerbegehren



Am vergangenen Mittwoch, den 11.11. um 11 Uhr (*man könnte fast meinen, es sollte sich um einen vorgezogenen Faschingsscherz handeln*) fand vor dem Bayerischen Verwaltungsgericht in München die Verhandlung zum Bürgerbegehren gegen das Islamzentrum statt. Nachdem es die Rechtsabteilung des Direktoriums der Stadt München aus diversen vorgeschobenen formellen Gründen abgelehnt hatte, untersuchte das Verwaltungsgericht nun den aus seiner Sicht wohl einzigen relevanten Punkt von insgesamt sieben vorgebrachten: Den über die Angaben zur Verfassungsschutzbeobachtung von Imam Idriz.

(Von Michael Stürzenberger)

Der [Begründungstext des Bürgerbegehrens](#), der im Sommer 2011 gestaltet und nie verändert wurde und mit dem am 14. Oktober 2011 die Unterschriftensammlung in München begann, umfasst sechs verschiedene Bereiche: Im ersten stehen Informationen zum Bauherrn Imam Idriz, im zweiten wird die Notwendigkeit des Baus eines solch großen Islamzentrums bestritten, der dritte beschreibt das zu befürchtende erhebliche Verkehrsmehraufkommen in der Innenstadt, der vierte die Notwendigkeit der Errichtung von staatlichen Stellen zur Integration ohne religiöse Einflußnahme, der fünfte die Ausbildung von Imamen im geplanten Islamzentrum und der sechste die Finanzierung des

Projektes.

Das Verwaltungsgericht behandelte nur die Passage über die Verfassungsschutzbeobachtung von Imam Idriz. Die Rechtsabteilung des Direktoriums der Stadt München hatte hierbei eine „unrichtige Tatsachenbehauptung“ moniert. Dies ist die betreffende Stelle im Begründungstext des Bürgerbegehrens:

Bauherr des geplanten Zentrums ist ZIE-M e.V. Der erste Vorsitzende Imam Bajrambejamin Idriz und die zweite stellvertretende Vorsitzende Gönül Yerli sind beide leitend tätig in der islamischen Gemeinde Penzberg (IGP). Die IGP wird seit 2007 vom Verfassungsschutz überwacht, laut Verfassungsschutzbericht steht die IGP in Verbindung mit Fundamentalisten der Islamischen Gemeinde Milli Görus (IGMG).

Fakt ist, dass die Islamische Gemeinde Penzberg von 2007 bis 2010 im Bayerischen Verfassungsschutzbericht stand. Im Bericht des Jahres 2011 wurde die IGP zwar nicht mehr aufgeführt, aber laut diversen Aussagen des Bayerischen Innenministers Joachim Herrmann und des Präsidenten des Bayerischen Verfassungsschutzes Burkhard Körner gegenüber der Presse wurde dort weiterhin jahrelang beobachtet.

Dies ist in diversen Zeitungsartikeln im Zeitraum 2011-2013 auch so veröffentlicht worden. So wurde am 15.4.2011 im Gelben Blatt unter der Überschrift „[Knirschende Zähne des Ministers](#)“ beschrieben, wie massiv die FDP die CSU unter Druck gesetzt hatte, die offizielle Erwähnung von Imam Idriz und der IGP im Verfassungsschutzbericht zu beenden. Aber der Innenminister hatte damals erklärt:

*„Es muss sich jetzt zeigen“, so Herrmann, „ob die Distanzierung von extremistischen Organisationen von Dauer und endgültig ist.“ Der **Verfassungsschutz werde dies auch weiterhin beobachten.***

Am 23.3.2012 war im Münchner Merkur [zu lesen](#):

*In dem aktuellen Bericht aber ist kein einziges Wort mehr über die IGP oder Idriz zu finden. „Wir nehmen nur Organisationen auf, wenn sich im vergangenen Jahr neue Entwicklungen ergeben haben“, erklärt Bayerns Verfassungsschutz-Präsident Burkhard Körner. „Bei der IGP war das nicht der Fall. **Wir schauen aber weiter hin.**“*

Am 1.4.2012 [stand im Sonntagsblatt](#):

*In diesem Jahr nun wies Minister Joachim Herrmann zwar erneut auf die Gefahren durch Islamisten hin – Penzberg taucht aber nicht mehr im Bericht auf. **Ein Auge habe man auf die Gemeinde aber weiterhin, erklärte Verfassungsschutz-Präsident Burkhard Körner.***

In einer Reportage des Bayerischen Fernsehens aus dem Jahr 2012 bestätigten sowohl der Bayerische Innenminister als auch der Präsident des Bayerischen Verfassungsschutzes, dass weiterhin eine Beobachtung erfolge. Die Hintergründe des Imams Idriz und die Verbindungen zu islamistischen Vereinigungen würden Anlass zur Sorge geben. Es sei nicht sicher, ob Imam Idriz wirklich liberal denke, so dass eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz angezeigt sei.

Am 21.4.2013 [berichtete IslamIQ](#):

*Die Presse-Stelle des bayrischen Verfassungsschutzes bestätigte gegenüber IslamiQ, dass Idriz, der mit der Islamischen Gemeinde Penzberg in früheren Berichten erwähnt wurde, nicht mehr im aktuellen Verfassungsschutzbericht aufgeführt wird. **Eine Beobachtung des Imams und der Gemeinde finde allerdings weiterhin statt.***

Es ist also klar, dass der Verfassungsschutz nur die offizielle Auflistung im Bericht aufgab, aber weiterhin

beobachtete. Daher ist die Formulierung im Text des Bürgerbegehrens richtig. Es wäre auch geradezu grotesk, wenn man die Überwachung eines solch gefährlichen Imams aufgeben würde, nur weil der Koalitionspartner FDP andere politische Interessen verfolgte.

Die Süddeutsche Zeitung schreibt dazu:

Die Stadt sieht dafür aber keine Anhaltspunkte und warf den Initiatoren des Bürgerbegehrens falsche Anschuldigungen vor. Die Gemeinde sei zwar zwischen 2007 und 2010 im Verfassungsschutzbericht erwähnt worden, seitdem aber nicht mehr. „Das ist für uns verbindlich“, sagte ein Vertreter der Stadt. Alles andere seien Mutmaßungen.

Wir haben im Begründungstext geschrieben, dass der Verfassungsschutz seit 2007 überwacht, aber nicht, dass die IGP seit 2007 ununterbrochen bis heute im Verfassungsschutzbericht erwähnt ist.

In der 84-seitigen Klageschrift der Freiheit gegen die Ablehnung des Bürgerbegehrens ist [auf 37 Seiten detailliert aufgelistet](#), wie hochbrisant die Verbindungen von Imam Idriz sind. Alleine schon die Tatsache, dass der Verfassungsschutz bei der Islamischen Gemeinde Penzberg Kontakte zu einer bosnischen Terrorgruppe vermutete, schließt es geradezu aus, dass sie bei Idriz und seiner Gemeinde jemals wegsehen. Idriz steckt durch seinen Lebensweg und die dabei erfolgten intensiven Kontakte so tief im Sumpf von Extremisten und verfassungsfeindlichen Muslimbrüdern, dass es unverantwortlich wäre, ihn sein riesiges Islamzentrum in München bauen zu lassen. Alleine das Motto der Muslimbrüder dürfte sämtliche Alarmglocken bei den Verfassungsschützern auf ewig bimmeln lassen:

„Allah ist unser Ziel. Der Prophet ist unser Führer. Der Koran ist unsere Verfassung. Der Dschihad ist unser Weg. Der Tod für Allah ist unser nobelster Wunsch.“

Am Donnerstag gab das Gericht die telefonische Auskunft, dass die Klage der Freiheit gegen die Ablehnung des Bürgerbegehrens trotz all dem abgewiesen wurde. Dass das Verwaltungsgericht somit den Münchner Bürgern das Recht nehmen will, selbst über dieses gefährliche Projekt zu entscheiden, ist ein regelrechter Skandal. Der Käse ist damit aber keinesfalls schon gegessen, auch wenn es der Münchner Merkur [den Bürgern so suggeriert](#):

In München wird es keinen Bürgerentscheid über den Bau des Islam-Zentrums geben. Das hat das Verwaltungsgericht gestern entschieden. Es folgte damit der Argumentation der Stadt, die den Entscheid für juristisch nicht zulässig erklärt hatte.

Wie berichtet, hatten der Vorsitzende der islamfeindlichen Kleinstpartei „Die Freiheit“, Michael Stürzenberger, und seine Unterstützer mehr als 65.000 Unterschriften gegen das Moschee-Projekt gesammelt. Das Verwaltungsgericht konnte er aber nicht davon überzeugen, dass er bei dieser Unterschriften-Sammlung korrekt vorgegangen ist.

Konkret ging es dabei etwa um die Frage, ob Stürzenberger suggeriert habe, dass der Initiator des Islam-Zentrums nach wie vor vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Stürzenberger sagte vor Gericht, er habe für diese These „Indizien“. Die falsch waren. Der Verfassungsschutz beobachtet Imam Benjamin Idriz und dessen Gemeinde in Penzberg aber ausdrücklich nicht mehr. Stürzenberger versuchte das Verwaltungsgericht davon zu überzeugen, dass Idriz Kontakte zu Fundamentalisten pflege. Vergeblich.

Eine Berufung gegen dieses Urteil ist ausdrücklich zulässig, wie das Gericht am Donnerstag mitteilte. Daher warten wir nun in aller Ruhe die Urteilsbegründung ab. Auch die Süddeutsche Zeitung [stellt fest](#):

Eine schriftliche Urteilsbegründung wird es erst in einigen Wochen geben. Die 7. Kammer hat jedoch die Berufung

zugelassen. Somit kann Stürzenberger nun auch noch vor den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof gehen.

Die 37 Seiten unserer Klageschrift, die eindeutig nachweisen, dass Imam Idriz unmissverständlich verfassungsfeindlich gestrickt ist, können nicht ignoriert werden. Wie der Merkur [in einem anderen Artikel meldet](#), wird aber ohnehin spannend, ob Imam Idriz bis Ende des Jahres das Geld für das reservierte Grundstück zusammenbekommt und ob die Stadt ihm dann die Gnadenfrist zum sechsten Mal verlängert:

Doch Idriz steht auch so unter Druck. Aktuell plant er, das Zentrum an der Dachauer Straße in Neuhausen zu bauen. Die Stadt hat ihm dort eine Fläche zum Kauf angeboten. Doch Idriz fehlt das Geld. Öffentliche Unterstützung kann er nicht erwarten, der Imam ist angewiesen auf Großspender. Jahrelang setzte er auf den Staat Katar. Der hat dem Vernehmen nach aber mittlerweile abgewunken. Und die Stadt drängt: Sie will das Grundstück nur bis Ende Dezember reserviert halten.

Drei Jahre aufopferungsvolle Arbeit beim Unterschriftensammeln, knapp 300 Kundgebungen und Infostände, jeweils bis zu acht Stunden lang, und 65.102 Unterschriften von Münchner Bürgern waren nicht umsonst. Die Mitglieder der Freiheit und ihre Unterstützer werden um diesen Bürgerentscheid so lange kämpfen, bis er realisiert wird. An dieser Stelle allen einen herzlichen Dank, die im Laufe der Jahre bei diesem so wichtigen Projekt mitgeholfen haben.

„Flüchtlingslawine“, nur „Schneeflöckchen“!



Wir haben nicht nur eingeschworene und gekaufte Lügner in unseren Lügenmedien, sondern auch massenweise echt grenzdebile Vollpfofistinnen und Vollpfofisten. Aktueller Fall gestern: Bundesfinanzminister Schäuble warnte vor einer „Flüchtlingslawine“, und schon war die Journaille im Empörungsmodus. In ihren leeren Shit-Hirnen entwickelte sich sofort ein Shit-Storm! Das Wort „Lawine“ sei so was von „unmenschlich“, „inhuman“, und die politische Kultur total „entgleist“. Und sowieso weit und breit keine Lawine an Flüchtlingen, sondern höchstens ein paar willkommene, bereichernde Schneeflöckchen!

Angefangen hat der rotversifftete SPIEGEL mit [Die Entgleisung](#), es folgten der hühnerbrüstige SPD-Großinquisitor Maas, den wir als Justizminister haben, weitere Politiker und Schmierblätter, die Glotze und das Radio. Ein schönes [Beispiel hier](#) eine dumme Thusnelda namens Birgid Becker im Deutschlandfunk!

Ich möchte nicht wissen, wie oft der SPIEGEL selber seit 1947 das Wort „Flüchtlingslawine“ geschrieben hat, vermutlich über tausend Mal, schön ist aber, wie er von fast 1000 Lesern Contra kriegt, wie man unter dem Quatsch-Artikel sieht. Immerhin so viele, dass er bei immer mehr Asylanten-Lügentexten, die Kommentarfunktion deaktivieren muß!

Im übrigen hoffen wir, dass das Merkel bald unter diese Lawine kommt. Das wird natürlich das Schlamassel keineswegs beenden,

aber es wäre ein Fanal!